



# Sichtachse Potsdamer

## Im Rückblick: Die SVV vom 6. November 2013

Bereits die Tagesordnung der SVV am 06. November ließ ahnen, dass deren Abarbeitung an einem Tag nicht zu schaffen war. So kam es auch: Alle neuen Anträge konnten erst auf der Folgesitzung am darauffolgenden Montag erledigt werden.

Breiten Raum nahm die Diskussion der Satzung über eine Tourismusabgabe und die Einbringung der Übernachtungssteuer ein. Im Vorfeld waren beide Satzungen als notwendige Gegenfinanzierung für einen weiterhin freien Parkeintritt aller Potsdamer ausgewiesen worden.

Verbände und die Handwerkskammer äußerten im Vorfeld die Befürchtung, dass von diesen Abgaben nicht die Touristen, sondern in der Mehrzahl die Potsdamerinnen und Potsdamer betroffen sein würden. Die Einführung einer Tourismusabgabe hätte die Potsdamerinnen und Potsdamer indirekt durch Preiserhöhungen der betroffenen Geschäfte mit bezahlt. Bei einer Übernachtungssteuer wäre ein Großteil der Touristen nicht erreicht worden: Nämlich die große Zahl der Tages Touristen, die nicht in Potsdam übernachteten. Nach langen Diskussionen und unter Einbeziehung der vorgenannten Fakten, stimmte die CDU/ANW-Fraktion beiden Anträgen nicht zu. Die Verwaltung muss nun neue Wege beschreiten, um eine Finanzierung des Vertrages über die Zahlung von jährlich einer Million Euro in den nächsten fünf Jahren an die Schloßerstiftung zu gewährleisten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagesordnung war - zum wiederholten Mal - der Bau der Weissen Flotte am Hotel Mercure. Die CDU/ANW-Fraktion hatte sich im Vorfeld darüber verständigt, den Neubau, wie in der Beschlusslage 2010 ausgewiesen, zu unterstützen. Dazu wurde von uns ein Änderungsantrag eingebracht, der als Tischvorlage ausgereicht und namens der Antragstellerin vom Fraktionsvorsitzenden Horst Heinzl mündlich untersetzt wurde.

Hier der Wortlaut unseres Änderungsantrages:

„Die Weisse Flotte soll ein Gebäude in Ufernähe beim Mercure erhalten, das die für die Abwicklung des Flottenbetriebs notwendige Infrastruktur enthält. Die Architektur muss sich dabei in den historisch-architektonischen Kontext einfügen.“

Dieser Änderungsantrag wurde leider mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschlossen hat die Stadtverordnetenversammlung den Hauptantrag:

„Der Beschluss 12/SVV/0853 wird aufgehoben.“

Der Beschluss 10/SVV/0605 vom 06.09. 2010 soll umgesetzt und der Neubau der Weissen Flotte auf Grundlage des Verwaltungsvorschlages von 2010 für den Standort am Fuß des Mercure genehmigt werden. Zielstellung ist, bis März 2014 die notwendigen Voraussetzungen für die Genehmigung des Vorhabens zu schaffen.“

Dieser Antrag wurde mit namentlicher Abstimmung mit 26 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen angenommen. Die Ja- und Nein-Stimmen gingen quer durch alle Parteien.

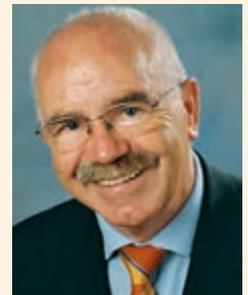
Ein weiterer Tagesordnungspunkt befasste sich mit den Sanierungszielen für den Lustgarten. Hierzu war von der Verwaltung ein Antrag zu den Sanierungszielen für den Lustgarten eingebracht worden, der folgenden Inhalt hatte:

„1. In Abänderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 12/SVV/0853 vom 30.01.2013 werden die Sanierungsziele im Bereich Hafen/Neuer Lustgarten dahingehend geändert, dass für den erforderlichen Neubau der Weissen Flotte GmbH die in Anlage 1

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Kolumne

### Parkeintritt, Bettensteuer ...



Ein Vertrag der LHP mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) zur Zahlung von einer Million Euro pro Jahr – mit einer Laufzeit von fünf Jahren – sorgt derzeit für Wirbel im Stadthaus. Unsere Fraktion hat seinerzeit leider diesem Vertrag zugestimmt, und zwar unter der Prämisse: Kein Parkeintritt für die Potsdamerinnen und Potsdamer! So weit, so gut. So soll es auch bleiben.

Als Gegenfinanzierung des Vertrages sollten entweder die Bettensteuer (offizielle Bezeichnung: Übernachtungssteuer) oder aber die Tourismusabgabe erhalten. Die Bettensteuer wurde von der Fraktion anfangs noch als das kleinere Übel angesehen. Allerdings hätte sie ihr Ziel verfehlt: Denn die große Zahl an Tagestouristen wären von ihr nicht erfasst worden. Zwischenzeitlich wurde das Übel aber immer größer. Mit der Tourismusabgabe wären die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt indirekt zur Kasse für den Parkeintritt gebeten worden. Verbände und Vereinigungen bereiteten sich im Vorfeld auf eine gerichtliche Auseinandersetzung mit der LHP vor.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Impressum

### Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam  
Stadthaus, Raum 3.093  
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam  
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

### Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

### V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin  
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

**[www.cdu-fraktion-potsdam.de](http://www.cdu-fraktion-potsdam.de)**

## Im Rückblick: Die SVV vom 6. November 2013 (Fortsetzung von Seite 1)

dargestellten Flächen südlich des Neptunbeckens sowie ergänzend an der Langen Brücke als bebaubare Fläche in die Sanierungsziele aufgenommen werden.

- Die Planung der sogenannten ISES auf den Flächen nördlich der Bahntrasse im Lustgartenbereich wird für den Umsetzungszeitraum der Sanierungsmaßnahme aufgegeben.“

Die Abstimmung erfolgte namentlich mit folgendem Ergebnis: mit 25 Nein-Stimmen abgelehnt, bei 24 Ja-Stimmen.

Die CDU/ANW-Fraktion konnte Punkt zwei, Aufgabe der ISES, nicht zustimmen.

Der Antrag unserer Fraktion auf Rückführung der Attikafiguren wurde ebenfalls zur Abstimmung gebracht und hatte folgenden Inhalt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) und der Landesregierung Berlin, Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Attikafiguren, die sich gegenwärtig auf der Humboldt-Universität zu Berlin befinden, an ihren ursprünglichen Platz auf dem Stadtschlossneubau zurückzuführen.“ Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Eine Berichterstattung durch den Oberbürgermeister wird Ende Januar 2014 erfolgen.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion über die künftige Entwicklung von Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstädter Feld lautet:

- Der Oberbürgermeister beauftragt den Entwicklungsträger Bornstedter Feld, eine temporäre Nutzung der Biosphäre als Jugendfreizeiteinrichtung zu realisieren.
- Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Nachnutzung der Biosphäre nach 2017 für soziale Infrastruktur möglich ist.
- Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung zur Januar-Sitzung 2014 vorzulegen.“

Dieser Antrag wurde ebenfalls mit Stimmenmehrheit angenommen.

Eine Vielzahl von Anträgen wurde über die Konsensliste in die jeweiligen Ausschüsse überwiesen und wird in der nächsten SVV zur Beschlussentscheidung vorgelegt.

Die wichtigsten Schwerpunkte der November-SVV habe ich Ihnen aufgezeigt. Die CDU/ANW-Fraktion hat in ihren Redebeiträgen und in ihrem Abstimmungsverhalten einen wesentlichen Beitrag für weiterführende Beschlüsse zum Wohle unsere Stadt geleistet.

*Horst Heinzel*

### Fortsetzung von Seite 1

Unsere Fraktion hat es sich nicht einfach gemacht mit ihrer Absage an die Tourismusabgabe und die Bettensteuer. „Seine Meinung zu ändern, erfordert manchmal mehr Mut, als bei seiner Ansicht zu verharren“ (Christian Friedrich Hebbel), wohl wissend, dass wir die fünf-Millionen-Euro-Zahlung an die SPSG vor der Brust haben. Die Zustimmung zu einem Vertrag ohne finanzielle Deckung war ein Fehler: Das muss man nicht wiederholen und Fehler muss man korrigieren.

Folglich stellt sich die Frage: Kommt der Park eintritt oder kommt keiner? Jetzt hängt alles davon ab, ob die Möglichkeit besteht, den Vertrag vorzeitig zu beenden und wie er beendet werden kann. Das liegt nun in den Händen der Stiftung und der Potsdamer Verwaltung. Hält die Stiftung an der Erfüllung des Vertrages fest, wird der Oberbürgermeister eine Haushaltssperre verfügen. Das würde bedeuten, dass unter anderem Leistungen in verschiedenen Bereichen gekürzt oder ganz gestrichen werden müssten.

Wir sind der Meinung, dass eine Haushaltssperre nur der allerletzte Schritt sein kann. Zuvor müssen sämtliche Optionen geprüft werden – und vielleicht auch der gesunde Menschenverstand auf beiden Seiten bemüht werden. In den nächsten Wochen wird darüber ausführlich beraten werden. Das Thema wird uns weiter begleiten.

*Horst Heinzel*

## Presseinformation

### Das Miteinander zählt: Zu den markigen Sprüche des Herrn Sascha Krämer

Zur Kritik des Linken-Kreischefs Sascha Krämer auf die Präsentation des Schulentwicklungsplans durch Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) sagte der Vorsitzende der CDU-ANW-Fraktion Horst Heinzel: „Schulbildung für alle ist ein Grundanliegen der CDU. Dass wir dabei, wie es gesetzlich vorgesehen ist, auch freie Schulträger mit einbeziehen, ist ein enormer Vorteil für die Vielfalt der Schulen.“

Krämer hatte in seiner Erklärung die Einbeziehung der Freien Schulen ein „politisches Armutszeugnis“ genannt und auch die CDU angegriffen, die ebenso wie die SPD nicht mehr Geld in die Bildung stecken wolle. „Wir schieben keine Verantwortung auf Freie Schulen ab,

sondern wir nehmen sie gleichberechtigt mit ins Boot, um den Aufgaben einer größer werden den Stadt und ihrer wachsenden Schülerzahl gerecht zu werden“, sagte Heinzel. „Wer tatsächlich politische Verantwortung für eine solide Bildungspolitik übernimmt, der weiß, dass es in dieser Frage nur ein Miteinander geben kann.“ Es sei ein politisches Armutszeugnis, die Freien Schulen außen vorhalten zu wollen. „Ich erinnere daran, dass wir die Kitas in privater Trägerschaft überführt haben, und das ist nicht zum Nachteil der Stadt“, sagte Heinzel weiter.

Nur gemeinsam mit den Freien Schulen kann man der Verantwortung gegenüber den Eltern

gerecht werden, in dem wir ihnen eine breite Auswahl an Schulen für Ihre Kinder bieten. Wir stellen uns den Problemen und versuchen nicht mit billiger Polemik den Schulentwicklungsplan zu torpedieren. Die Aussagen Krämers bezüglich angeblicher Drohgebärden gegenüber Potsdam-Mittelmark lassen nach den Worten Heinzels „auf wenig Sachverstand und -kenntnis in dieser Frage schließen – oder greift er schon jetzt Themen seines zukünftigen Wahlkreises auf?“ Das wäre in der Tat eine billige Verschiebung der tatsächlichen Schulprobleme, ausgetragen auf dem Rücken der Eltern.

## CDU/ANW vor Ort

Die Voltaire-Gesamtschule in der Lindenstraße wurde im Jahr 1976 erbaut. Sie liegt in attraktiver, zentraler Lage unmittelbar in der Potsdamer Mitte. Mittlerweile ist sie eine der nachgefragtesten Schulen Potsdams. Die Schule ist vierzünftig organisiert und umfasst die Jahrgänge sieben bis dreizehn.

Zurzeit besuchen 900 Schülerinnen und Schüler die Voltaire-Gesamtschule. Bleibt es bei der Vierzügigkeit werden es im nächsten Schuljahr bereits 962 sein. Bei weiter steigenden Schülerzahlen, entsprechend dem Schul-

## Auch die Voltaire-Gesamtschule ist Potsdamer Mitte

entwicklungsplan, sind die Kapazitäten der Schule im Mensa- und Aulabereich restlos erschöpft.

In einem persönlichen Gespräch vor Ort, wurde mir von der Schulleiterin Karen Pölk und den Elternvertretern Thomas Becker und Thomas Walkenbach speziell die Situation in der Mensa und im angrenzenden Aulabereich ausführlich erläutert. Unabhängig vom baulichen Zustand, ist die Möglichkeit für eine geordnete Essenseinnahme der Schülerinnen und Schüler in keiner Weise gegeben.

Der gesamte organisatorische Ablauf einer Essensausgabe ist nicht möglich. Selbst bei versetzten Ausgabezeiten, begrenzt durch Stundenpläne, ist eine ordnungsgemäße Versorgung der Schülerinnen und Schüler auch nicht annähernd möglich. Die Schlange der Wartenden vor der Essensausgabe reicht bis hinaus auf den Schulhof. Das ist im Sommer nicht akzeptabel und in der Winterzeit schon gar nicht. Aus der geschilderten Situation heraus war es leicht nachvollziehbar, dass angefragte Essensliefere-

*Fortsetzung auf Seite 3 >*

Fortsetzung von Seite 2

ranten – bis auf einen – alle ihre Teilnahme an der Ausschreibung absagten.

Viele Schülerinnen und Schüler werden durch diese begrenzte Essensversorgung nicht nur von geregelten Mahlzeiten abgehalten, sie werden gezwungen sich anderweitig zu versorgen. Das ist weit entfernt von entspannten und stressfreien Pausen mit qualitativ hochwertigen Mahlzeiten.

Der anschließende Rundgang in diesem Schulbereich zeigte – selbst für den Laien – grobe bauliche Missstände. Diese betreffen neben der Be- und Entlüftung nicht nur den Mensabereich, auch die angrenzende Aula, die zeitweise als Unterrichtsraum genutzt werden muss, wird den Anforderungen an den Stand der heutigen Technik und die schulgemäße Unterbringung der Schülerinnen und Schüler nicht mehr gerecht.

Der Verwaltung ist dieser Zustand seit Jahren bekannt; trotzdem wird er von der Landeshauptstadt stillschweigend hingenommen – und teilweise durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) als „Luxusproblem“ abgetan. Bereits im letzten Schulentwicklungsplan war

die Sanierung eingeplant, wurde aber aus finanziellen Gründen wieder herausgenommen. Die beim Gespräch anwesenden Elternvertreter brachten ihr Unverständnis, wie die Stadt mit ihrer Schule seit Jahren verfährt, unmissverständlich zum Ausdruck.

Das Wohl der Schülerinnen und Schüler bleibt bei dem geschilderten miserablen baulichen Zustand in dem Teilbereich der Schule auf der Strecke. Der Protest der Elternschaft und des Fördervereins wird an Deutlichkeit zunehmen. Im neuen Schulentwicklungsplan wird die Voltaire-Gesamtschule mit ihren berechtigten Forderungen wieder nicht berücksichtigt. Vorrang haben Schulneubauten in den Brennpunkten im Norden und teilweise auch im Süden.

Der gesamte Finanzierungsbedarf für die Umsetzung des Schulentwicklungsplans betragen ca. 160 Millionen Euro. In diesem Betrag sind keine finanziellen Mittel für die dringend erforderlichen Sanierungen von Potsdamer Schulen enthalten. Diese werden erst nach 2020/21 erfolgen. Das ist schlicht nicht hinnehmbar.

Die CDU/ ANW-Fraktion wird mit geeigneten Finanzierungsvorschlägen für den Schulentwicklungsplan darauf hinwirken, dass von den

160 Millionen Euro ausreichend Mittel für die dringende Sanierung der Potsdamer Schulen bereit gestellt werden.

Der Aufschub notwendiger Sanierungen verschlechtert nicht nur den baulichen Zustand der betroffenen Schulen: Er ist auch kein Aushängeschild für unsere Stadt die als kinderfreundlich bekannt ist.

Wir sind der Auffassung, dass neben den erforderlichen Schulneubauten, der Sanierung unserer bereits bestehenden Potsdamer Schulen die gleiche Aufmerksamkeit gebührt und ihr eine entsprechend hohe Priorität zuerkannt werden muss.

Gemeinsam mit Schulleiterin Karen Pölk und den Elternvertretern sind wir der Meinung, dass für die Voltaire-Gesamtschule ein Neubau anstelle der bisherigen Mensa und der Aula in einem überschaubaren Zeitraum in den Schulentwicklungsplan mit aufgenommen werden muss. Mit etwas Farbe und behelfsmäßigen Ausbesserungen ist es längst nicht mehr getan. Pläne für einen Neubau liegen bereits vor. Jetzt ist es an uns, sie gemeinsam umzusetzen. Dann hätte die Potsdamer Mitte noch einen Blickpunkt mehr.

Horst Heinzel

## CDU/ANW vor Ort

**Ein Vor-Ort Termin führte den Stellvertreten Fraktionsvorsitzenden der CDU/ANW-Fraktion Klaus Rietz am 14.11.2013 ins Bürgerhaus Bornim, welches vom AWO Bezirksverband Potsdam betrieben wird. Dort sprach er mit der Geschäftsführerin der AWO Angela Basekow und mit der Leiterin des Bürgerhauses Angela Angerstein.**

## Bürgerhaus Bornim soll bleiben

die Versammlungs- und Vereinsräume werden intensiv genutzt. In den vergangenen Jahren wurde viel Zeit, ehrenamtliches Engagement und Geld investiert. Für weitere Um- und Ausbaumaßnahmen sind Bauanträge bereits genehmigt. Das Haus ist gut ausgelastet und aus Bornim nicht mehr weg zu denken. Das glaubten zumindest die Bornimer, der

Bornim und folglich auch alle Nutzer des Hauses erfuhr erst durch die Presse von diesen Absichten. Gilt bürgerliches Engagement in dieser Stadt, entgegen allen öffentlichen Bekundungen, so wenig? Die Fraktion CDU/ANW hat deshalb den Oberbürgermeister aufgefordert in seinem Bericht in der Stadtverordnetenversammlung im November etwas zur Art des Umganges miteinander zu sagen. Erst auf nochmalige Nachfrage räumte er öffentlich ein, dass hier die Kommunikation versagt hat und entschuldigte sich dafür.

**Ist die Frage wirklich Schule oder Bürgerhaus in Bornim?**

Alle Betroffenen sind sich einig: In Bornim fehlt eine Grundschule. Im B-Plangebiet ist dafür zwischen Hängelweg und Potsdamer Straße auch eine Fläche ausgewiesen. Hier hatte aber die Stadtverwaltung offensichtlich schlecht recherchiert, denn es handelt sich dabei nicht um die Fläche, auf der das Bürgerhaus steht, sondern um eine angrenzende freie städtische Fläche von rd. 10.000 m<sup>2</sup>. An diesem Standort sind also problemlos Schule und Bürgerhaus unterzubringen.

**Wie sieht die AWO die Perspektive?**

Im Gespräch stellte Angela Basekow dazu erste Überlegungen vor. Die Schule neben dem Bürgerhaus ist eine Aufwertung des Standortes. Hier wird ein Zentrum für Bildung, Freizeit und Sport entstehen. Die Schule und das Bürgerhaus sollten aber nicht nur nebeneinander stehen, sondern konzeptionell zusammengehören. Ein solches Beispiel gibt es in Potsdam bereits mit der Stadtteilschule Drewitz. Die AWO kann sich vorstellen die neue Schule zu bauen und zu betreiben und in ein Gesamtkonzept mit dem Bürgerhaus einzubinden.

Klaus Rietz



Angela Basekow, Geschäftsführerin der AWO, Klaus Rietz, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/ANW und die Leiterin des Bürgerhauses Angela Angerstein im Gespräch vor dem Bürgerhaus in Bornim.

### Kurzer Rückblick

Das Bürgerhaus Bornim wurde am 01.06.2000 auf Initiative des Bürgervereins Bornim in Trägerschaft des AWO Bezirksverbandes Potsdam eröffnet. Das Bürgerhaus hat sich zu einem gut angenommenen Stadtteiltreffpunkt für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren entwickelt. Die Turnhalle sowie

Bürgerverein und die AWO – aber die Stadtverwaltung sah das wohl anders.

### Aktuelle Situation

Für großes Entsetzen sorgte die Ankündigung des Oberbürgermeisters in einem Pressegespräch, dass das Bürgerhaus Bornim abgerissen werden und für eine Grundschule Platz machen soll. Die AWO und der Bürgerverein

# Das Potsdamer Modell – eine Antwort der CDU Potsdam auf den steigenden Schulbedarf



Potsdam braucht als wachsende Stadt ein deutliches Mehrangebot an Grundschulen und weiterführenden Schulen. Der noch bis 2015 gültige Schulentwicklungsplan war schon am Tage seiner Beschlussfassung vor vier Jahren Makulatur - und alle Beteiligten wussten dies. Seitdem hat sich das Problem deutlich verschärft. Dafür gibt es zwei Ursachen – aber nur eine ist im öffentlichen Bewusstsein!

1. Die rasante Entwicklung der Ortsteile im Potsdamer Norden machen den Neubau und Ausbau von Schulen notwendig.
2. Jeden Tag werden 4.500 Nicht-Potsdamer Schüler in Potsdam beschult. Allein aus Potsdam-Mittelmark pendeln täglich 1.100 Schüler ein. Das entspricht zwei kompletten Schulstandorten!

Das heißt im Klartext: Die Nachbar-Landkreise, insbesondere der Landkreis Potsdam-Mittelmark, verschieben mit Hilfe des Brandenburger Bildungsministeriums ihre Probleme nach Potsdam. Potsdam muss bereits eine Beschulungsquote von 140 % erfüllen. Die Auswahl ortsansässiger und einpendelnder Kinder liegt nach den landesgesetzlichen Bestimmungen ausschließlich beim Land und bei den Schulen. Allein der Landkreis Potsdam-Mittelmark müsste etwa zwei zusätzliche Schulstandorte errichten, um diesen ursächlich eigenen Bedarf zu decken. Dieser Umstand übersteigt die finanzielle Leistungsfähigkeit Potsdams.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Die CDU Potsdam steht zur freien Schulwahl der Eltern und Schüler. Gleichwohl muss der Oberbürgermeister von Potsdam, Jann Jakobs (SPD), dringend mit den Landräten der benachbarten Landkreise – insbesondere mit Potsdam-Mittelmarks Landrat Wolfgang Blasig (SPD) – und der brandenburgischen Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Martina Münch MdL (SPD) darüber verhandeln. Ziel muss es sein, einen finanziellen Lastenausgleich zu erwirken, der neben laufenden Betriebskosten, auch die investive und finanzierungsrelevante Seite berücksichtigt.

Hieraus leitet die CDU Potsdam folgende Forderungen und Lösungsangebote ab:

1. Wir brauchen öffentliche, qualitativ hochwertige Schulen für unsere Potsdamer Kinder. Die Stadt droht jedoch, Eltern mit Schulkindern in „Geiselhaft zu nehmen“. Die SPD plant, die Grundsteuer drastisch zu erhöhen. Dies widerspricht jedoch jeder Erfahrung, dass das Geld am Ende in die Schulen fließt. Dafür gab es schon bei den Bundestagswahlen keine Mehrheit in Deutschland! Das bisherige Vorgehen der Stadt, im Schmusekurs mit dem Land eine Quote von 140 % an Schulplätzen auch für Kinder aus dem Umland zu erfüllen, muss deshalb beendet werden. Neben den Verhandlungen mit den benachbarten Landkreisen sind gesetzgeberische Maßnahmen des Landes gefordert. Welcher benachbarte Landkreis zahlt schon gern, wenn dazu keine Verpflichtung besteht?

2. Vor diesem Hintergrund und aus der Erkenntnis heraus, dass wir der rot-roten Landesregierung nicht die Kraft für schnelle Lösungen zutrauen, müssen auf Potsdam zu-

geschrittene Lösungen gefunden werden. Wir schlagen das „Potsdamer Modell“ vor.

Schulen in freier Trägerschaft entscheiden selbst, welche Kinder sie aufnehmen. Beim Potsdamer Modell würde die Stadt mit freien Trägern in Verhandlungen vereinbaren, dass diese vorrangig Potsdamer Schüler beschulen. Anders als bei öffentlichen Schulen ist dies rechtlich zulässig. Dabei könnte auch eine soziale Komponente verhandelt werden, damit Schülern aus sozial schwachen Elternhäusern über einen Trägerzuschuss keine Hürden bei der Aufnahme in eine Schule freier Trägerschaft zu befürchten hätten.

3. Wenn die Landeshauptstadt Potsdam mietgünstigen Schulraum zur Verfügung stellt, wie es der KIS und die BIP Kreativitätsgrundschulen bei dem Interimsschulgebäude Gutenbergstraße bereits praktizieren, kann eine soziale Komponente eingepreist werden.

Es gibt genügend Träger von Schulen in freier Trägerschaft, die an einem solchen "Potsdamer Modell" Interesse zeigen. Das Land Brandenburg darf deshalb im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nicht ausschließlich auf die Errichtung von zusätzlichen öffentlichen Schulen drängen, sondern muss den Spielraum für private Träger öffnen. Dieses Modell eröffnet eine schnelle und kostengünstigere Lösung für Potsdam. Eine Steuererhöhung, wie von der SPD gefordert und von uns abgelehnt, wäre nicht notwendig. Die Landesregierung, die Stadt Potsdam und der Landkreis Potsdam-Mittelmark sind gefordert, sich an einen Tisch zu setzen. Im Interesse aller Potsdamer Kinder und Eltern.

*Katherina Reiche*

## Mehrheit für neues Hafengebäude der Weißen Flotte



In der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2013 stimmte eine Mehrheit dafür, dass die Weiße Flotte zwischen dem Hotel Mercure und dem Havelufer ein neues Hafengebäude als temporären Bau errichten darf. Zu diesem Thema gab es im Vorfeld heiße Diskussionen, bei denen der Eindruck erweckt wurde, dass eine Mehrheit der Potsdamer sich für die originalgetreue Wiederherstellung des Lustgartens, d.h. den Abriss des Hotels Mercure und gegen ein Hafengebäude im Lustgarten einsetzen würde. Wenn überhaupt könnten sie einen Neubau der Weißen Flotte direkt am Bahndamm notgedrungenen Maßen gerade noch akzeptieren. Ist dies wirklich die Meinung der Mehrheit der Potsdamer? In zahlreichen Gesprächen mit Bürgern dieser Stadt habe ich eine Vielzahl von an-

deren Meinungen gehört. Je weiter man sich aus der Mitte der Stadt entfernt, desto weniger Verständnis gibt es dafür, dass das Hotel unbedingt, möglicherweise sogar mit öffentlichen Mitteln, abgerissen werden soll. Warum die Weiße Flotte dort kein neues Hafengebäude errichten soll ist für viele ebenfalls unverständlich. Es handelt sich um ein Potsdamer Traditionsunternehmen mit immerhin etwa 70 Arbeitsplätzen, das auch ein Aushängeschild für die Stadt Potsdam und ihren Tourismus ist. Die Befürworter eines freien Lustgartens berufen sich auf Potsdamer Traditionen und beklagen, dass der Lustgarten durch die Breite Straße bereits erheblich eingeschränkt ist. Ein Plattenbau wie das Mercure passe ihrer Ansicht nach nicht dort hin.

Ich meine es ist richtig, dass wir eine Annäherung an den alten Stadtgrundriss beschlossen und umgesetzt haben. Eine Annäherung ist aber eben nicht die vollständige Wiederherstellung. Wer den Lustgarten wiederherstellen

will, kann nicht für ein Hafengebäude am Bahndamm sein, da dies die einzig mögliche Trasse ist um gegebenenfalls in der Zukunft die Breite Straße zurück bauen zu können. Dies ist sicher nicht teurer als der Ankauf und Abriss des Mercure.

Wer ernsthaft über Stadtentwicklung redet, geht dabei von einem Zeitraum von 20 Jahren und mehr aus. Mit einem temporären Hafengebäude zwischen Hotel und Havel bleiben alle Optionen offen. Wenn das Mercure zwischenzeitlich tatsächlich abgerissen werden sollte, dann ist dies auch möglich, wenn das Hafengebäude dann noch einige Jahre stehen bleibt. Der Bau des Hafengebäudes ist deshalb unabhängig von der Frage des Fortbestandes des Hotels Mercure zu betrachten und muss deshalb jetzt auch nicht entschieden werden.

Die CDU/ANW-Fraktion hat deshalb den Antrag zu Gunsten des Hafengebäudes an diesem Standort mehrheitlich unterstützt.

*Klaus Rietz*